

Große Anfrage

der Abgeordneten Andrea Wicklein, Rita Schwarzelühr-Sutter, Doris Barnett, Klaus Barthel, Klaus Brandner, Garrelt Duin, Ingo Egloff, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Hubertus Heil (Peine), Rolf Hempelmann, Ute Kumpf, Manfred Nink, Thomas Oppermann, Wolfgang Tiefensee, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Situation des Mittelstands

Die größte Herausforderung für die Wirtschaftspolitik ist derzeit die Stabilisierung des Euroraums. Die Folgewirkungen der Vertrauenskrise belasten auch die mittelständische Wirtschaft in Deutschland. Die Schuldenkrise in der Eurozone wirkt sich vor allem auf den Export aus, da dieser zu rund 60 Prozent in die europäischen Nachbarländer geht. Kleine und mittlere Unternehmen stehen daher vor vielfältigen Herausforderungen: national, europäisch und international.

Im Blick steht dabei vor allem auch die Situation der Unternehmensfinanzierung im Mittelstand: Mit der Neuregelung der Eigenkapitalanforderungen für Banken wird sich auch die Kreditvergabepraxis verändern. Die neuen Regulierungsvorschriften aus den Beschlüssen von Basel III, deren europäische Umsetzung für Ende 2012 vorgesehen ist, sollen das Finanzsystem insgesamt widerstandsfähiger machen. Damit sind aber auch Auswirkungen auf das Bankgeschäft und die Unternehmensfinanzierung unvermeidlich. Eine pauschale Anwendung des Basel-III-Regelwerkes auf klassische Mittelstandsfinanzierer kann mittelfristig die Stabilität der Finanzierungssituation von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gefährden. Auch die Rahmenbedingungen für Beteiligungs- und Wagniskapital, insbesondere für innovative Neugründungen, sind gerade im internationalen Vergleich verbesserungsfähig.

Im Hinblick auf das Gründungsgeschehen ist festzustellen, dass im Jahr 2011 – ein gutes Jahr für die Wirtschaft insgesamt – die Zahl der Firmengründungen im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent zurückgegangen ist. Zudem waren Neugründungen kleiner, weniger beschäftigungswirksam und weniger innovativ als die Gründungen des Jahres 2010.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stehen auch kleine und mittlere Unternehmen vor zunehmenden Herausforderungen, insbesondere im personellen Bereich. Im Gegensatz zu Großunternehmen können sie diese häufig nicht alleine bewältigen, da ihnen Informationen, Finanzkraft oder personelle Ressourcen dazu fehlen. Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, werden das Ausbleiben junger Fachkräfte und die Alterung der Belegschaft viele kleine und mittlere Unternehmen unvorbereitet treffen und zu einer Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition führen. Besonderes Augenmerk ist daher neben der Ausbildung junger Menschen auch auf die Frage der Aus- und Weiterbildung im Beruf stehender oder arbeitsloser Menschen zu legen; hierbei gilt es auch die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Frauen entsprechend ihrer

Qualifikation angemessen auf allen Hierarchieebenen vertreten sind. Hier sind nicht nur die Unternehmen, sondern auch der Staat mit unterstützenden Maßnahmen gefragt.

Risiken für die eigene Geschäftstätigkeit sehen mittelständische Unternehmen gegenwärtig vor allem in der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise. Die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise bringt auch jene im internationalen Wettbewerb stehenden kleinen und mittleren Unternehmen mit mittlerer Energieintensität an den Rand der Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch ist die kontinuierliche Beobachtung der Entwicklung der Energiepreise und ihrer Auswirkungen auf alle Verbrauchergruppen nach offiziellen Angaben nicht Bestandteil des Monitoringprozesses zur Energiewende, den die Bundesregierung im Oktober 2011 angestoßen hat.

Eine vorausschauende Energie-, Ressourcen- und Klimaschutzpolitik könnte gerade für die deutschen mittelständischen Unternehmen große Chancen bieten. Die Bundesregierung hat sich zwar für die Fortsetzung der unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Energiewende entschieden. Dieser Entscheidung sind jedoch keine Taten gefolgt, die den Prozess der Energiewende voranbringen. Insbesondere fehlt ein Masterplan für die konkreten Schritte zur Umsetzung der Energiewende. Die Bundesregierung verspielt damit eine wichtige Chance: Bei Entwicklungen von Erneuerbare-Energien- bzw. Energieeffizienz-Technologien zählen deutsche Unternehmen zu den innovativsten der Welt. Zudem sichert das Handwerk durch Installation und Wartung der Anlagen Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort.

Die Bundesregierung tut viel zu wenig, um sich den Herausforderungen für den Mittelstand zu stellen. Statt gezielter Gesamtstrategien soll es Steuersenkungen auf Pump und Fernhalteprämien für Eltern geben, die ihren Kindern die Bildungs- und Entwicklungschancen eines Kita-Besuches vorenthalten.

Wir fragen die Bundesregierung:

Allgemein

1. Wie hat sich die Anzahl mittelständischer Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach kleinen und mittleren Unternehmen und Branchen aufschlüsseln)?

Wie hoch ist jeweils der Anteil von Familienunternehmen – gemessen nach der Zählweise des Verbands Die Familienunternehmer?

2. Wie hat sich die Anzahl der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte jeweils nach Geschlecht sowie kleinen und mittleren Unternehmen aufschlüsseln)?

Wie viele Arbeitsplätze wurden dabei neu geschaffen, wie viele abgebaut?

Wie hoch ist hier jeweils der Anteil von unbefristeten und befristeten Stellen, untergliedert nach Beschäftigungsverhältnissen (Leiharbeit, Minijob, Praktikum, Werkvertrag) (bitte jeweils nach Geschlecht aufschlüsseln)?

3. Wie hat sich die Altersstruktur der Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte jeweils nach Geschlecht sowie nach kleinen und mittleren Unternehmen aufschlüsseln)?

4. Wie hoch ist der Anteil der mittelständischen Unternehmen, die über Betriebsräte verfügen, und welche Entwicklung hat sich insoweit in den letzten fünf Jahren vollzogen?

Wie stellen sich diese Zahlen für Familienunternehmen dar (bitte nach kleinen und mittleren Unternehmen und deren Beschäftigungsstruktur (Anzahl der männlichen und weiblichen Mitarbeiter) aufschlüsseln)?

5. Wie hoch ist der Anteil mittelständischer Unternehmen, die über eigene Personalorganisationseinheiten verfügen (bitte nach kleinen und mittleren Unternehmen aufschlüsseln), und welche Entwicklung hat sich insoweit in den letzten fünf Jahren vollzogen?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang zur Entwicklung der Anzahl regionaler Verbände zum Personalmanagement vor?
7. Wie gestaltet sich die Wirtschaftsstruktur im Mittelstand in den neuen bzw. alten Bundesländern (bitte nach Handel, Handwerk, Dienstleistungsgewerbe, industriellem Mittelstand und Freiberuflern aufgliedern)?
Wie hoch ist jeweils der Anteil von Männern und Frauen, und wie sieht die Altersstruktur aus (bitte ebenfalls nach Geschlecht differenzieren)?
8. Wie haben sich die Qualifikationsniveaus in den letzten fünf Jahren innerhalb mittelständischer Betriebe entwickelt (bitte jeweils nach Geschlecht, nach Akademikerinnen/Akademikern, Meistern, Absolventinnen/Absolventen einer dualen Ausbildung und Ungelernten, nach Unternehmensgröße und Branche differenzieren)?

Fachkräftebedarf

9. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich des Fachkräftemangels im Hinblick auf die Größenklassen von Unternehmen bzw. Branchen?
10. Wie will die Bundesregierung dem Mangel an MINT-Berufen (MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) im akademischen Bereich, insbesondere in den KMU, entgegenwirken?
11. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung – gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – ergriffen, um insbesondere mehr Frauen und Migrantinnen und Migranten zum Studium eines MINT-Faches zu motivieren?
12. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, in Abstimmung mit den Ländern die Situation förderbedürftiger Jugendlicher (Ausbildungsreife) zu verbessern und eine frühe Berufsorientierung zu fördern, um dem Mangel an Auszubildenden, insbesondere in den MINT-Fächern, entgegenzuwirken?
13. Durch welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, einen Prozess gerade bei kleineren mittelständischen Unternehmen zu begleiten, der altersgerechte Arbeitsplätze schafft?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeit vorliegende Novelle der europäischen Berufsqualifikationsrichtlinie hinsichtlich der Aspekte Effektivität der Berufsaufsicht, Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren sowie Lösung des Fachkräftemangels?
Welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
15. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf, um die Vermittlung von Arbeitslosen gerade in KMU besser und betriebsnäher zu gestalten?
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung dazu?
16. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Mobilität von Beschäftigten mittelständischer Unternehmen in Europa zu steigern?
Welche konkreten Planungen gibt es insbesondere für Freiberufler, z. B. Ingenieure?
Welche Maßnahmen wären über die bisherigen Instrumente der Arbeitsvermittlung hinaus geeignet, um signifikante Impulseffekte auszulösen?

17. Was will die Bundesregierung tun, um die Attraktivität des Standorts Deutschland für junge qualifizierte Arbeitskräfte aus Europa zu erhöhen?
Welche konkreten Maßnahmen plant sie in diesem Zusammenhang in Bezug auf Sprachbarrieren?
18. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung über die derzeit in Beratung befindlichen aufenthaltsrechtlichen Regelungen hinaus, um ausländischen Fachkräften, die ihr Studium in Deutschland absolviert haben, die Aufnahme einer Tätigkeit in Deutschland zu erleichtern?
Hält die Bundesregierung die ihr bekannten Förderprogramme in diesem Zusammenhang für ausreichend?
Besteht insofern Bedarf, ein eigenes Förderprogramm aufzulegen?
19. Wie will die Bundesregierung es gerade kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern, Fachkräfte aus Drittstaaten einzustellen, auch wenn diese keinen Hochschulabschluss, aber eine Berufsausbildung haben?
20. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Energiewende dafür zu nutzen, in Zeiten des Fachkräftemangels die duale Ausbildung und vor allem die Berufe, die mit der Umsetzung der Energiewende befasst sind, attraktiver zu machen?

Aus- und Weiterbildung

21. Wie hat sich die Zahl der mittelständischen Ausbildungsbetriebe in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Branchen und Unternehmensgröße aufschlüsseln)?
22. Wie hat sich die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse in mittelständischen Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt?
Wie haben sich die Zahlen im Hinblick auf Ausbildungsabbrüche entwickelt (bitte nach Geschlecht, Branchen und Unternehmensgröße aufschlüsseln)?
23. Wie hoch ist die Anzahl nicht besetzter Ausbildungsplätze in den letzten fünf Jahren pro Jahr, und welche Hauptgründe werden dafür angeführt?
24. Welche Ausbildungsordnungen sind in Hinblick auf die veränderten Anforderungen durch die Energiewende anzupassen?
25. Welche Ausbildungsprüfungsordnungen und Meisterprüfungsordnungen wurden den Herausforderungen der Energiewende angepasst, und welche müssen nach Meinung der Bundesregierung noch angepasst werden?
26. Hält die Bundesregierung weiterhin am Konsensprinzip bei der Neuordnung von Ausbildungsordnungen fest?
Wenn ja, aus welchem Grund befürwortet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Neuordnungsverfahren bei Berufen mit bislang dreieinhalbjähriger Ausbildungsdauer eine Reduzierung der Ausbildungsdauer auf drei Jahre?
27. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Verbreitung von Qualifizierungstarifverträgen vor?
Wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten, die einen Qualifizierungstarifvertrag haben?
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um darauf hinzuwirken, diesen Anteil gerade im mittelständischen Bereich zu erhöhen?
Werden mit der Sozialpartnerrichtlinie Weiterbildung auch KMU erreicht?
Ist die Sozialpartnerrichtlinie ein geeignetes Instrument, um die Weiterbildungsbeteiligung in KMU zu fördern?

28. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung konkret ergriffen, um die Einrichtung langfristiger Personalentwicklungsmaßnahmen im mittelständischen Bereich zu unterstützen?
29. Wie hat sich die Anzahl von Beschäftigten, die an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen, sowie deren Dauer in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach kleinen und mittleren Unternehmen aufschlüsseln)?
Wie hoch ist dabei der Anteil von Frauen, Migrantinnen und Migranten, gering qualifizierten und älteren Beschäftigten?
Wie stellen sich diese Zahlen im europäischen Vergleich dar?
30. Welche Formen betrieblicher Weiterbildung (z. B. Lernen am Arbeitsplatz, Onlinelearning) sind dabei vorzufinden, und wo sieht die Bundesregierung insoweit Handlungsbedarf?
31. Was unternimmt die Bundesregierung, um KMU dabei zu unterstützen, Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung in den Themenbereichen Energie und Mobilität zu ergreifen?
32. Welche Hindernisse im Hinblick auf die Durchführung von Weiterbildungsaktivitäten und entsprechende Arbeitsfreistellungen mittelständischer Unternehmen sieht die Bundesregierung, und was gedenkt sie zu tun?
33. Wie viele Personen, die in mittelständischen Betrieben beschäftigt sind, haben berufsbegleitend ein Studium aufgenommen oder ihre Meisterprüfung abgelegt, und was ist über deren Sozialstruktur bekannt (bitte nach Studienort (Hochschule), Ausbildungsort und Fach auflisten)?
34. Welche Unterstützung gibt es für berufsbegleitend Studierende seitens der Wirtschaft und seitens des Staates?
35. In welchen Bundesländern ist es unter welchen Voraussetzungen möglich, ohne Hochschulzugang an einer Hochschule zu studieren (beruflich qualifizierte)?
Um wie viele Personen handelt es sich (bitte für die letzten fünf Jahre aufgeschlüsselt nach Bundesland, Hochschule und Studienfach angeben)?
36. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Nachfrage nach Bildungsurlaub vor?
Welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus (bitte nach Bundesländern und Unternehmensgröße aufschlüsseln)?
37. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse bezüglich einer verbesserten Vernetzung von Schule und Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren vor?
Was gedenkt sie, an unterstützenden Maßnahmen zu ergreifen?

Existenzgründungen

38. Wie bewertet die Bundesregierung die Gründungsaktivitäten in Deutschland im internationalen Vergleich, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
39. Welche Hürden sieht die Bundesregierung für freiberufliche und kleinunternehmerische Gründungen, und wie plant sie, diese abzubauen?
40. Wie bewertet die Bundesregierung das geschlechterspezifische Gründungsverhalten?
Welche Erfolgsstatistiken lassen sich aus Gründungen von Unternehmerinnen respektive Unternehmern ableiten?
41. Was plant die Bundesregierung zu tun, um insbesondere das unternehmerische Potenzial von Frauen zu fördern, da diese vergleichsweise selten gründen, insbesondere im Vollerwerb?

42. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass in Deutschland das Verhältnis zwischen den Gründungen aus Mangel an Erwerbsalternativen und denen zur Nutzung einer Marktchance im europäischen Vergleich sehr hoch ausfällt?
43. Ist der Gründergeist nach Auffassung der Bundesregierung dadurch weiter zu stärken, dass das One-Stop-Shop-Modell konsequent umgesetzt wird?
Was wird sie dafür tun?
44. Welche Verbesserungen bei der Gründungsfinanzierung sieht die Bundesregierung, da ausweislich des KfW-Gründungsmonitors 2011 jeder dritte Gründer mit externem Finanzierungsbedarf über entsprechende Schwierigkeiten klagt?
Wird die Bundesregierung neue Finanzierungsmodelle fördern, um stärkere Anreize für Gründungen zu schaffen?
45. Was unternimmt die Bundesregierung, um die „Anfangssterblichkeit“ von Gründungen zu verringern, da drei Jahre nach dem Start jede dritte Gründung (32 Prozent) und nach fünf Jahren bereits die Hälfte wieder aus dem Markt ausgeschieden sind?
Welche Pläne gibt es bei der Bundesregierung, Konsolidierungs- oder Wachstumsfinanzierungsmodelle für die schwierigen Phasen nach drei oder fünf Jahren anzubieten?
46. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Risiko für kapitalintensive Technologiegründungen zu verringern bzw. deren Finanzierung zu erleichtern?
47. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass in Deutschland staatlich geförderte Gründungsprogramme häufig eine persönliche Vollhaftung der Gründer vorsehen, und will die Bundesregierung hier Erleichterungen schaffen, und wenn nein, warum nicht?
48. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass die Haftung bei einer Unternehmensnachfolge voll auf die Nachfolger übergeht?
Welchen Handlungsbedarf sieht sie insbesondere im Bereich der freien Berufe?
49. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Auswirkungen der jüngsten gesetzlichen Änderungen bei der Förderung von Existenzgründungen durch die Arbeitsagentur und insbesondere die Umstellung von der Pflicht- zur Ermessensleistung vor?
Wie hat sich seit 2004 und nach der Reform die Zahl der geförderten Existenzgründungen entwickelt?
Wie hat sich die Anzahl der Förderfälle auf einzelne Berufe verteilt?
Wie lange bleiben diese Unternehmen durchschnittlich am Markt?
50. Ist es zutreffend, dass durch den nunmehr greifenden Ermessenspielraum beim Gründungszuschuss nur noch die Gründungen gefördert werden, die ohnehin erfolgreich wären und es so verstärkt zu einem Mitnahmeeffekt kommt?
Was plant die Bundesregierung dagegen zu tun?
51. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass durch die Nichtbewilligung des Gründungszuschusses den Gründerinnen und Gründern auch das Coaching der KfW Bankengruppe fehlt?
Welche Konsequenzen zieht sie daraus?

52. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit Maßnahmen im Rahmen des Gründercoachings gemacht, die durch die KfW-Mittelstandsbank aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden?
In welcher Weise werden die Qualifikation und die Qualität der Arbeit der bundesweit über 13 000 Coaches geprüft?
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
53. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Kreditversorgung bei freiberuflichen Gründungen und Nachfolgen, die häufig wegen fehlender Sicherheiten scheitert, zu verbessern?
Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um in diesem Bereich fehlende Sicherheiten auszugleichen, und was gedenkt sie zu tun?
54. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf hinsichtlich der Förderlücke, die sich bei technologieorientierten Unternehmensgründungen aus der Wirtschaft, insbesondere im Vergleich zu Gründungen aus der Wissenschaft, ergibt, und wenn ja, was wird sie tun?
55. Wie bewertet die Bundesregierung die Zahlen des jüngsten „Gründungsbarometer“ der Hamburger Handelskammer, wonach nur 7,1 Prozent aller Gründer auf das KfW-StartGeld zurückgreifen?
Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über andere Ballungsgebiete und den ländlichen Raum vor?
Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, dass die Förderprogramme offenbar nur zögerlich nachgefragt werden, weil sie nicht bekannt genug sind oder als zu bürokratisch gelten?
56. Wie bewertet die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Gründung von Genossenschaften?
57. Wie bewertet die Bundesregierung die Fördermöglichkeiten für Gründer von Genossenschaften im Vergleich zu anderen Unternehmensformen?
58. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Existenzgründungen von Genossenschaften zu erleichtern?

Bürokratieabbau

59. Warum konnte die Bundesregierung die Schaffung eines in Brüssel angesiedelten Normenkontrollrates nicht durchsetzen, und wie gedenkt die Bundesregierung bei europäischen Richtlinien und Verordnungen einen damit eventuell verbundenen unnötigen bürokratischen Aufwand für den Mittelstand zu verhindern?
60. Plant die Bundesregierung nach den 2009 durch das Bilanzmodernisierungsgesetz vorgenommenen Erleichterungen für KMU weitere bilanzrechtliche Vereinfachungen für den Mittelstand?
Wenn ja, welche?
Und wenn nein, warum nicht?
61. Strebt die Bundesregierung im Rahmen ihres Arbeitsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ beim Erfüllungsaufwand ein Abbauziel von 25 Prozent an, und wenn nein, warum nicht?
62. Bis wann wird die Bundesregierung ein stringentes Konzept umsetzen, um die Nutzung moderner Informationstechniken in den verschiedenen Bundesministerien (unter anderem Eingabemasken in entsprechenden Vordrucken) für den Mittelstand zu vereinfachen und stärker miteinander zu harmonisieren?
Welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dazu zu ergreifen?

Energie

63. Wie schätzt die Bundesregierung die weitere Strompreisentwicklung für kleine und mittlere Unternehmen ein (bitte nach einzelnen Preiskomponenten aufschlüsseln)?
Wie hoch ist der Anteil der Energie- und Stromkosten an den gesamten Kosten mittelständischer Unternehmen?
Wie ist dieser Wert im internationalen Vergleich zu sehen?
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
64. Auf der Grundlage welcher Methoden und Parameter beabsichtigt die Bundesregierung, die entsprechenden Entwicklungen der Energie- und Strompreise und der Verfügbarkeit von Strom (Versorgungssicherheit) für alle Verbrauchergruppen, mithin auch für mittelständische Unternehmen, im Rahmen des Monitoringprozesses zur Energiewende zu beobachten?
65. Wie viele Unternehmen hatten zum 30. Juni 2011 einen Antrag auf besonderen Ausgleich nach § 41 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gestellt, und wie hoch ist das finanzielle Volumen der genehmigten Anträge?
Mit wie vielen neuen Anträgen nach § 41 EEG rechnet die Bundesregierung bis zum 30. Juni 2012, und wie hoch wird das finanzielle Volumen?
Wie wirkt sich dies auf die von Bürgern und mittelständischen Unternehmen zu zahlende EEG-Umlage aus?
66. Wie viele Unternehmen mit wie vielen Abnahmestellen haben bis zum heutigen Zeitpunkt einen Antrag auf Befreiung nach § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden genehmigt?
Wie viele mittelständische Unternehmen können nach den Ausführungsbestimmungen zur neuen Sonderkundenumlage von den Ausnahmetatbeständen Gebrauch machen?
Wie wirkt sich die Befreiung auf die Höhe des Netznutzungsentgelts für ein mittelständisches, nicht befreites Unternehmen aus?
67. Wie viele Unternehmen mit wie vielen Abnahmestellen haben einen Antrag auf reduzierte Netzentgelte nach § 19 Absatz 1 StromNEV gestellt?
Wie wirken sich die reduzierten Netzentgelte auf die Höhe des Netznutzungsentgelts für ein mittelständisches Unternehmen aus?
68. In welchem Umfang machen mittelständische Unternehmen Gebrauch vom Sonderprogramm „Offshore Windenergie“ (bitte Antrags- und Bewilligungszahlen auflisten)?
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
69. Wie lang ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Anträge für das Sonderprogramm?
Sieht die Bundesregierung hier einen Optimierungsbedarf?
70. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, um Unterstützung für Beratungsbedarf, insbesondere für mittelständische Unternehmen, die sich an Offshoreprojekten beteiligen wollen, zu leisten?
71. Welche Folgen erwartet die Bundesregierung durch die jüngste Absenkung der Solarförderung für das Handwerk?
Insbesondere welche Arbeitsplatzeffekte sind in der Solarbranche wie auch im Zulieferbereich durch aktuelle Werkschließungen und durch kurz- und mittelfristige Auftragsrückgänge zu erwarten?
72. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die deutsche Solarbranche zu stärken?
Welches industriepolitische Konzept verfolgt sie dabei?

Rohstoffe

73. Wie bewertet die Bundesregierung die Abhängigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen von den internationalen Rohstoffmärkten?
74. Wie wird sich die Bundesregierung zu den Regulierungsvorschlägen der EU hinsichtlich der für die Realwirtschaft genutzten Instrumente zur Absicherung von Währungsschwankungs-, Zins- und Rohstoffpreissrisiken verhalten?
75. Vor welchen besonderen Herausforderungen stehen kleine und mittlere Unternehmen bei der Steigerung ihrer Ressourceneffizienz nach Ansicht der Bundesregierung?
Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um kleine und mittlere Unternehmen bei der Steigerung ihrer Ressourceneffizienz zu unterstützen?
76. Wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg bisheriger Programme und Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen?
77. Wie bewertet die Bundesregierung den Beratungsbedarf kleiner und mittlerer Unternehmen in den Bereichen Rohstoffversorgung, Ressourceneffizienz und Innovation?
Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Handlungsbedarf?

Forschung und Entwicklung

78. Wie hoch ist der Anteil von KMU an den Gesamtausgaben der deutschen Wirtschaft für Forschung und Entwicklung (bitte nach kleinen und mittleren Unternehmen aufschlüsseln), und wie hat sich dies in den letzten fünf Jahren entwickelt?
79. Wie gestaltet sich die Etablierung von Innovationsnetzwerken in den letzten fünf Jahren, die dem Mittelstand ein Instrument an die Hand geben, die individuell begrenzten Ressourcen und Kapazitäten durch Kooperation mit anderen Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen zu erweitern, und welchen Handlungsbedarf staatlicher Unterstützung sieht die Bundesregierung hier?
80. Wie hoch waren und sind der Prozentsatz der Projektförderung und die Fördersummen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
a) für Unternehmen insgesamt und
b) die direkt an KMU gehen (bitte für die letzten fünf Jahre auflisten)?
81. Wie viele forschungsintensive KMU gibt es in Deutschland?
Wie hat sich diese Zahl in den letzten fünf Jahren entwickelt?
82. Welcher Branche sind die meisten forschungsintensiven KMU zuzurechnen?
83. Arbeiten die KMU in Deutschland tendenziell eher mit Fachhochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen oder Universitäten zusammen?
Wie hat sich die Anzahl der Kooperationen in den letzten fünf Jahren entwickelt?
Welchen Herausforderungen (z. B. Unübersichtlichkeit der Forschungsprojekte an Hochschulen, Kooperationsbereitschaft einzelner Universitäten) sehen sich die KMU bei der Zusammenarbeit gegenüber, und inwiefern unterstützt die Bundesregierung die KMU dabei?

84. Wie stark ist bei deutschen KMU die Tendenz, Forschung auszulagern?
85. Wie hoch ist der Prozentsatz von KMU in Deutschland, die der wissensintensiven Dienstleistung zuzurechnen sind?
86. Welche Bedeutung haben nach Einschätzung der Bundesregierung nicht-wissensintensive KMU für die Wertschöpfung in Deutschland?
87. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen unter anderem im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP keine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung auf den Weg gebracht, wenn gleichzeitig jedoch offenbar bestehende haushalterische Handlungsspielräume für Vorhaben wie Steuersenkungen und Betreuungsgeld, aber nicht für die Förderung von Forschung und Entwicklung verwendet werden sollen?
88. Was unternimmt die Bundesregierung, um das gesellschaftliche Verständnis von Technologie zu fördern?
89. Wie bewertet die Bundesregierung die Akzeptanz von neuen Technologien in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?

Innovationen und Investitionen

90. Wie schätzt die Bundesregierung den Innovationsstand und -bedarf kleiner und mittlerer Unternehmen ein?
Wie steht die Bundesregierung zu sogenannten Innovations- und Forschungsclustern für kleine und mittlere Unternehmen?
Wie will sie die Förderung verbessern?
91. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen einer aktuellen KfW-Studie, nach der die Innovationsanstrengungen der mittelständischen Unternehmen in Deutschland in den vergangenen Jahren nachgelassen haben?
92. Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass sich sog. echte Innovationen auf wenige Branchen des verarbeitenden Gewerbes, insbesondere auf den Fahrzeug- und Maschinenbau sowie die Chemieindustrie konzentrieren?
Welche Hemmnisse müssen abgebaut werden, um sog. echte Innovationen auch in anderen Bereichen zu ermöglichen?
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung hierfür zu ergreifen?
93. Wie bewertet die Bundesregierung die Innovationskraft des deutschen Mittelstandes im europäischen und internationalen Vergleich in den letzten fünf Jahren?
94. Wie hat sich im gleichen Zeitraum die Entwicklung der Eigenkapitalsituation der Unternehmen des Mittelstands entwickelt?
95. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf hinsichtlich der Finanzierungsbedingungen von Projekten mit besonders hohem Innovationsgrad?
Was hat die Bundesregierung getan, um die mit Innovationen einhergehenden finanziellen Risiken zu mildern, die häufig zu Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe führen?
96. Wie gedenkt die Bundesregierung das erfolgreiche Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) über das Jahr 2013 hinaus zu verlängern, um damit einen Fadenriss bei dieser Best-practice-Förderung im Jahr 2014 zu verhindern?

97. Welche Optimierungspotenziale sieht die Bundesregierung bei dem Programm „go-Inno“ des BMWi, insbesondere im Hinblick auf die einheitliche Einbeziehung aller Beratungs- und Effizienzkomponenten, die Abstimmung mit Länderprogrammen und die Verfügbarkeit von qualifizierten, geförderten Beratern in den Regionen?
98. Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dem kürzlich vorgelegten Aktionsplan zur Hightechstrategie mit Blick auf die KMU?
Wie wird eine dementsprechende Zielerreichung gemessen?
99. Wie schätzt die Bundesregierung die Tatsache ein, dass in der Forschungsunion, dem höchsten innovationspolitischen Beratungsgremium der Bundesregierung, kein KMU vertreten ist?

Unternehmensfinanzierung

100. Wie schätzt die Bundesregierung die künftige Entwicklung der Kreditversorgung des Mittelstands, insbesondere im Bereich von Mikrokrediten, vor dem Hintergrund der Euroschuldenkrise ein?
101. Welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung bei den Beratungen des Gesetzespakts der Europäischen Kommission zur Umsetzung von Basel III unternommen, um eine Verteuerung von Mittelstandskrediten abzuwenden?
102. Unterstützt die Bundesregierung die Vorschläge der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für das Gesetzespaket zur Umsetzung von Basel III, die eine aufsichtsrechtliche Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung von Mittelstandskrediten an KMU durch die Einführung eines sogenannten Skalierungsfaktors verhindern wollen?
103. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung im Rahmen eines von ihr in Auftrag gegebenen Gutachtens über die besonderen Belange des Mittelstands im Hinblick auf die Reformpläne von Basel III und weitere Regulierungsvorhaben gewonnen, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
104. Wie schätzt die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für private Beteiligungsgesellschaften ein, und wie sind sie zu verbessern?
105. Wie stellt sich die Möglichkeit zur Stärkung der Eigenkapitaldecke über externes Beteiligungskapital (Wagniskapital und Private Equity) im internationalen Vergleich dar?
106. Plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine Schließung der Finanzierungslücke in der Frühphase der Gründung durch staatliche Förderung?
107. Wann plant die Bundesregierung die Etablierung eines verbindlichen Rechtsrahmens für den Wagniskapitalmarkt und Private-Equity-Investitionen?
108. Was gedenkt die Bundesregierung hinsichtlich des Status von Wagniskapitalfonds zu tun, um eventuell bestehende Rechtsunsicherheiten zu beseitigen?
Ist es geplant, dass künftig eine dauerhafte Klassifizierung als nicht gewerbetreibend, also nur vermögensverwaltendes erfolgt?
109. Welche konkreten Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um nach dem beihilferechtlichen Einspruch der Europäischen Kommission gegen den im Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG) vorgesehenen Gewerbesteuerverzicht für vermögensverwaltende Beteiligungsgesellschaften die Rahmenbedingungen im deutschen Markt für eine Wagniskapitalfinanzierung zu verbessern?

110. Welche Haltung hat die Bundesregierung zu den sogenannten Business Angels?
Ist die Etablierung eines Netzwerks mit staatlicher Begleitung geplant?
Wenn nicht, warum?
111. Wie bewertet die Bundesregierung das britischen System „Enterprise Investment Scheme“?
Welche Konsequenzen zieht sie daraus?
112. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine stärkere Einbringung von KfW-Mitteln in neu aufgelegte Wagniskapitalfonds?
113. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf hinsichtlich der Besonderheit, dass Freiberuflern bei Kreditanträgen im Wesentlichen nur ihre Qualifikation, Kontakte und gegebenenfalls ihr guter Ruf als Sicherheiten zur Verfügung stehen?
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Situation zu verbessern?
114. Für wann plant die Bundesregierung die Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr?
115. Unterstützt die Bundesregierung die geforderten Änderungen im Insolvenzrecht, die eine Erhaltung von Unternehmen in den Vordergrund von Sanierungsbemühungen stellen sollen?

Steuervereinfachung

116. Plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Vereinfachung des Steuerrechts?
Wenn ja, in welchen Bereichen?
117. Plant die Bundesregierung eine Umsetzung ihres Beschlusses vom Dezember 2011, die steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen für die Unternehmen auf fünf Jahre zu verkürzen, und wie wird sie in diesem Fall den Gleichlauf von Aufbewahrungs- und Verjährungsfristen sicherstellen?
118. Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung aus der Pilotphase der E-Bilanz, insbesondere aus mittelständischen Unternehmen, vor?
Welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
119. Welche Gründe gibt es für die Verschiebung des Beginns der E-Bilanz auf 2014?
Welche Maßnahmen sind bis dahin geplant?
120. Wie plant die Bundesregierung die Ausgestaltung der Härtefallregelung, insbesondere bei Kleinstunternehmen?

Steuerpolitik/Unternehmensnachfolge

121. In welchem Umfang wurden Steuerermäßigungen für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in inländischen Haushalten laut § 35a Absatz 2 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes geltend gemacht?
Wie hoch war die Summe aller in diesem Zusammenhang in Rechnung gestellten Leistungen insgesamt?
122. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der Erbschaftsteuerreform 2009 auf den deutschen Mittelstand, insbesondere hinsichtlich des Betriebsübergangs, wenn er nicht innerhalb der Familie stattfindet?

123. Wie hat sich seit 2005 die Zahl der Kleinunternehmer entwickelt, auf deren Umsätze nach § 19 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) keine Steuer erhoben wird?
124. In welchem Umfang sind die seit 2005 durch Betriebsprüfungen erzielten steuerlichen Mehrergebnisse bei Kleinstbetrieben auf die Aufdeckung ungerechtfertigter Nichtabführung der Umsatzsteuer nach § 19 UStG zurückzuführen?

Vergaberecht/öffentliches Auftragswesen

125. Haben sich aus der Sicht der Bundesregierung der Rechtsbegriff der nicht-beschreibbaren Leistung im Vergaberecht und die Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) bewährt?
Wird sich die Bundesregierung für diese Regelungen auch im europäischen Vergaberecht einsetzen?
126. Spricht sich die Bundesregierung für eine Heraufsetzung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen aus, um auch kleineren freiberuflichen Anbietern die Beteiligung an öffentlichen Aufträgen zu ermöglichen und Verwaltungskosten zu senken?
Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dies auch umzusetzen?

Soziale Sicherung Selbständiger

127. Wie stellt sich die Altersabsicherung im Mittelstand, insbesondere von selbständigen Freiberuflern dar (bitte nach Geschlecht, Einkommens- und Berufsgruppen differenzieren)?
128. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Altersvorsorge von Existenzgründern (bitte nach Geschlecht differenzieren), und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
129. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Freiberuflichkeit als Form der Arbeits- und Lebenszeitgestaltung in Deutschland zu fördern und Freiberufler zu unterstützen?
Welche Ergebnisse wurden bisher erzielt, und welche weiteren Maßnahmen sind geplant?
130. Wie hat sich die Zahl der Solo-Selbständigen, die keine weiteren Personen beschäftigen und nicht in der gesetzlichen Sozialversicherung pflichtversichert sind, in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
131. Wie hat sich die Zahl der Selbständigen, die Zugang zur Arbeitslosenversicherung haben, in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
Wie ist diese Entwicklung im Bereich der kreativen Berufe?
Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
132. Plant die Bundesregierung eine Steigerung der Attraktivität der Basis- bzw. Rürup-Rente und der Invaliditätsabsicherung?
Wenn ja, wie?
133. Welche Verbesserungen des Pfändungsschutzes sind geplant?

134. Wie haben sich die Solo-Selbständigen und die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt?
Welche Trends sind hier auszumachen?
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
135. Was kann aus der Sicht der Bundesregierung getan werden, um Freiberuflern die Klärung ihres rechtlichen Status hinsichtlich des Steuer- und Sozialrechts zu erleichtern und zu verständlichen und zu eindeutigen Abgrenzungen zu kommen?
136. Beabsichtigt die Bundesregierung, das Sozialrecht an die schwankenden Einkommen von Freiberuflern und Kleinunternehmern anzupassen?
137. Wie reagiert die Bundesregierung auf die besonderen Herausforderungen von Freiberuflern und Selbständigen, ihre Arbeit familienfreundlich zu organisieren und z. B. auch außerhalb regulärer Geschäftszeiten Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu müssen?
138. Wie ist die durchschnittliche Höhe der nach 18-jähriger Pflichtmitgliedschaft von Handwerkern in der gesetzlichen Rentenversicherung erworbenen Rentenanwartschaften, bzw. wie viele Entgeltpunkte wurden durchschnittlich erreicht?
Wie viele Entgeltpunkte hat ein durchschnittlicher Beitragszahler nach 18 Jahren, und wie hoch ist seine Anwartschaft?
139. Wie viel Prozent der pflichtversicherten Handwerker nehmen Leistungen der Rehabilitation in Anspruch, und wie viel Prozent erhalten aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen eine Erwerbsminderungsrente?
Wie sind diese Werte in der Relation zur Inanspruchnahme beim durchschnittlichen Beitragszahler zu sehen?

Small Business Act for Europe

140. Welche Positionen wird die Bundesregierung in der Diskussion über eine Überarbeitung der KMU-Definition auf EU-Ebene einnehmen?
141. Welche praktischen und rechtlichen Folgen hätten formale Abgrenzungen wie Klein- und Kleinstunternehmen für den deutschen Mittelstand und die Freien Berufe?
142. Wird sich die Bundesregierung für die Etablierung der Rechtsform „Europäische GmbH“ einsetzen?
Wie gedenkt die Bundesregierung die 2009 im Europäischen Rat vorgetragenen Mängel zu beheben oder auf anderem Weg eine Zustimmungsfähigkeit zu erreichen?
Wie wird sie weiter vorgehen?
143. Wie will die Bundesregierung die Bedenken gegen die Europäische Privatgesellschaft wegen der möglichen Aushebelung der Mitbestimmung aufgreifen und ausräumen?
144. Für welche spürbaren Vereinfachungen für die KMU bei den EU-Förderprogrammen setzt sich die Bundesregierung ein?

Dienstleistungswirtschaft

145. Welche Herausforderungen für Märkte, Unternehmen, Ausbildung und Beschäftigung ergeben sich aus der zunehmenden Integration von Produktion und Dienstleistungen (hybride Wertschöpfung) aus der Sicht der Bundesregierung?
Welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

146. Wie fördert die Bundesregierung innovative Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Mobilität und Energie?
Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Dienstleistungsforschung auszubauen?
147. Welche strukturpolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Rahmenbedingungen für die mittelständische Dienstleistungswirtschaft zu verbessern?
148. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Qualität der mittelständischen Dienstleistungsarbeit zu steigern und die Entwicklung auf der „low route“ zu überwinden?
149. Hält die Bundesregierung die Strukturen der Dienstleistungsstatistik für zeitgemäß?
Welchen Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung?

Gesundheitswirtschaft

150. Wie stellt sich die Geschäftslage der mittelständischen Unternehmen in der Gesundheitsbranche im Vergleich zur Gesamtwirtschaft bzw. zu anderen Wirtschaftszweigen dar?
Wie hat sich die Zahl der mittelständischen Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft entwickelt (bitte nach Branchen differenzieren)?
151. Wie hat sich die Anzahl der Beschäftigten in diesen Unternehmen in den letzten fünf Jahren entwickelt, und auf welchem Stand befindet sie sich aktuell im Vergleich zur Gesamtwirtschaft bzw. zu anderen Wirtschaftszweigen?
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Beschäftigung in den Unternehmen (bitte nach Branchen und Geschlecht differenzieren)?
152. Welche Rolle spielten Fusionen bei der Entwicklung der Zahl der Unternehmen und der Anzahl der Beschäftigten (bitte nach Branchen differenzieren)?
Sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?
153. Welche Auswirkungen hatten das im August 2010 in Kraft getretene Preismoratorium und der Zwangsrabatt für Hersteller von Arzneimitteln auf die mittelständischen pharmazeutischen Unternehmen in Deutschland?
154. Welche Auswirkungen hatten bisher die Rabattverträge der gesetzlichen Krankenkassen auf die mittelständischen pharmazeutischen Unternehmen in Deutschland?
155. Welche Auswirkungen hatten die Ausschreibungen für Hilfsmittel der gesetzlichen Krankenkassen auf die mittelständischen Unternehmen?
156. Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die größten Risiken für die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft?
Welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus für die Bundesregierung?

Handwerk und Energiewende

157. Welche Beschäftigungseffekte ergaben sich im Handwerk in den Jahren 2010 und 2011 durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, gemessen an den Gesamtbeschäftigungseffekten (direkt und indirekt)?
Wie entwickelten sich die Zahlen im Vergleich zum Jahr 2009?

Geht diese Entwicklung auf die für Investoren nach Presseberichten unsichere (vgl. u. a. SPIEGEL ONLINE vom 18. Januar 2012 „Regierung kämpft mit Finanzloch bei Energiewende“) Finanzausstattung des Energie- und Klimafonds zurück?

158. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Inanspruchnahme des Sonderfonds Energieeffizienz in KMU vor?

Welche Vorschläge hat oder kennt die Bundesregierung, um den KMU eventuelle Berührungspunkte bei der Inanspruchnahme des Sonderfonds zu nehmen?

Welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Wäre die Einführung von Zuschüssen denkbar?

159. Plant die Bundesregierung, angelehnt an die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die Einführung von Beratungsgut-scheinen zum Thema Elektromobilität für Unternehmen, Existenzgründer und Handwerk (auch für Zulieferer als Zielgruppe)?

Wenn ja, in welchem Zeitrahmen, und mit welchen Mitteln?

Wenn nicht, warum?

Kultur- und Kreativwirtschaft

160. Wie hoch ist der Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt?

161. Wie schätzt die Bundesregierung das Wachstum in dieser Branche in den nächsten zehn Jahren ein?

Welche Hemmnisse müssen abgebaut werden, um ein stärkeres Wachstum zu ermöglichen?

162. Wie hat sich die Erwerbstätigkeit in den Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt?

Wie groß ist der Anteil von KMU in der Kultur- und Kreativwirtschaft (bitte nach kleinen und mittleren Unternehmen, Geschlecht sowie Solo-Selbständigen aufschlüsseln)?

163. Welches Wirtschaftsförderungskonzept für die Kultur- und Kreativwirtschaft führt die Bundesregierung durch, und welche weiteren plant sie?

164. Wie schätzt die Bundesregierung den Zugang zu Kapital in der Kultur- und Kreativwirtschaft ein?

Hält es die Bundesregierung für erforderlich, dass der Kapitalzugang für die Kultur- und Kreativwirtschaft erleichtert wird, z. B. indem als Sicherheiten verstärkt auch immaterielle Güter wie Lizenzen und Patente akzeptiert werden?

165. Ist es nach Ansicht der Bundesregierung sichergestellt, dass Genossenschaften und Kooperativgesellschaften in der Kultur- und Kreativwirtschaft bei Wirtschafts- und Arbeitsförderprogrammen nicht benachteiligt werden?

166. Ist der gesetzliche Rahmen für Crowdfunding-Modelle in der Kultur- und Kreativwirtschaft ausreichend, oder sieht die Bundesregierung dort Handlungsbedarf?

167. Was unternimmt die Bundesregierung im Bereich des Bürokratieabbaus für die Kultur- und Kreativbranche, insbesondere für eine schnellere Bearbeitung an den Registergerichten, vereinfachte Meldepflichten und Erleichterungen bei den Dokumentationspflichten für Solo-Selbständige sowie für Teilerwerbsgründungen?

168. In welcher Form und mit welchen Instrumenten fördert die Bundesregierung die Kultur- und Kreativwirtschaft im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung (bitte nach den elf Teilmärkten der Kultur- und Kreativwirtschaft aufschlüsseln)?
169. Wie beurteilt die Bundesregierung das Wachstum der freien Kulturberufe in den letzten Jahren, und welche Maßnahmen plant sie zur Verbesserung der Lebensgrundlagen der in diesem Bereich Tätigen?
170. Können die Kulturberufe eine Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums erwarten?
171. Wie sieht die Bundesregierung die Fortführung der Kulturförderung?
Welche konkreten Schritte sind geplant?
172. Wie schätzt die Bundesregierung den Zugang von Selbständigen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft zur Künstlersozialversicherung ein?
Welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
173. Hält die Bundesregierung den Künstlerbegriff nach § 2 des Gesetzes über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten für zeitgemäß oder sieht sie dort Modernisierungsbedarf?

Informations- und Kommunikationstechnologien

174. Wie stellen sich die Unterschiede im Bereich der Breitbandversorgung im ländlichen Bereich und in Ballungsgebieten aktuell dar?
175. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
Was hat die Bundesregierung konkret getan, um die Breitbandversorgung im ländlichen Raum zu verbessern?
176. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung – vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der flächendeckenden Breitbandversorgung im ländlichen Raum für den Mittelstand –, um diese Situation zu verbessern?
177. Inwieweit werden Neugründungen mittelständischer Unternehmen vom Standortfaktor der Breitbandanbindung abhängig gemacht?

Freie Berufe

178. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Berufsaufsicht über Abschlussprüfer von der bisherigen Selbstverwaltung auf eine staatliche Behörde zu übertragen?
179. Hält die Bundesregierung Berufsausweise in der vorgeschlagenen Ausgestaltung für rechtssichere Instrumente, um den Schutz von Klienten, Patienten und Kunden zu gewährleisten?
180. Unterstützt die Bundesregierung eine Festlegung der Zeitabstände für eine regelmäßige Anpassung der freiberuflichen Gebührenordnungen an die wirtschaftliche Entwicklung?
Falls nein, warum?
181. Inwiefern setzt sich die Bundesregierung in nationalen, europäischen und internationalen Normungsgremien dafür ein, den Kernbereich freiberuflicher Arbeit von Normungen freizuhalten, um das zentrale Element der geistigen Leistung und Kreativität nicht einzuschränken und maßgeschneiderte Individuallösungen zu erhalten?

182. Wie beurteilt die Bundesregierung eine Lockerung bzw. Aufhebung des Fremdbesitzverbotes, also der Öffnung für Fremdkapital etwa bei Rechtsanwalts- oder Wirtschaftsprüferkanzleien (mittelbar durch die Berufsrechtsreform in Großbritannien und unmittelbar durch die Vorschläge der EU-Kommission zur Abschlussprüferrichtlinie), und welche Auswirkungen sind auf die Unabhängigkeit der Berufsausübung und die Bindung an Berufsregeln und Selbstverpflichtungen zu erwarten?
183. Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung, um die Außenwirtschaftsaktivitäten der Freien Berufe, etwa von Ingenieurbüros, zu fördern?

Kammern, Innungen und Kreishandwerkschaften

184. Wie haben sich seit 2004 die Zahl der Handwerksinnungen und die durchschnittliche Mitgliederzahl der Innungen entwickelt (bitte absolut, nach Gewerken und nach Bundesländern aufschlüsseln)?
185. Wie hoch ist die Anzahl der Innungen, die per Satzungsänderung ihre Tarifzuständigkeit nach § 54 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes zur Ordnung des Handwerks aufgegeben haben?
Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um diese mutmaßlich rechtswidrige Praxis zukünftig zu unterbinden?
Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Tarifbindung in Innungen ohne Tarifbindung wieder herzustellen?
186. Wie hat sich die Anzahl der öffentlich-rechtlichen Kreishandwerkerschaften seit 2004 entwickelt?
Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Insolvenz der Kreishandwerkerschaft Dithmarschen über die wirtschaftliche Situation der Kreishandwerkerschaften in Deutschland vor?
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Berlin, den 9. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

